Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
aufgrund der Amtschefskonferenz
am 26. November 2025
in Berlin

Punkt 13 der Tagesordnung:
Kritik an der Arbeitsweise der Deutschen Akkreditierungsstelle (DAkkS)

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz dankt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) für die Berichterstattung und nimmt den Bericht über die Kritik an der Arbeitsweise der Deutschen Akkreditierungsstelle (DAkkS) zur Kenntnis.

2. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont die Bedeutung der Qualitätsinfrastruktur für Wirtschaft, Staat sowie Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Qualitätsinfrastruktur mit ihren grundlegenden Elementen Normung, Konformitätsbewertung und Akkreditierung ist ein wichtiger Faktor für Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der deutschen Exportwirtschaft. Standort, Wettbewerbsfähigkeit und Akkreditierung hängen zudem eng mit Themen wie Krisenvorsorge und Resilienz in Deutschland zusammen, sodass auch in diesen Bereichen die operative Umsetzung der Akkreditierung von maßgeblicher Bedeutung ist. Die Akkreditierung ist zudem entscheidend für den Aufbau von Vertrauen in Produkte, Dienstleistungen und Prozesse sowie für die Verwirklichung der Schutz- und Fürsorgepflicht des Staates. Die DAkkS spielt hierbei eine zentrale und entscheidende Rolle; die Akkreditierung ist ein wesentlicher Teil und Garant der Qualitätssicherungsinfrastruktur Deutschlands.

3. Die Wirtschaftsministerkonferenz sieht mit Sorge, dass sich aus Sicht führender Wirtschaftsverbände das nationale Akkreditierungssystem zu einem hemmenden Faktor entwickelt, der zu Problemen wie der Abwanderung von Prüfstellen und deutlich verzögerten Marktzugängen führt.

4. Die im Bericht des BMWE angeführten Maßnahmen genügen aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz nicht, um die Arbeitsweise der DAkkS grundlegend zu verbessern. Notwendig sind strukturelle Reformen zur grundlegenden Neuordnung der Akkreditierung in Deutschland. Ziel der Reformen sollten aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz kurze Akkreditierungszeiten, schlanke Verfahren sowie angemessene Verfahrenskosten unter Berücksichtigung der auskömmlichen Finanzierung der DAkkS als privatrechtlich organisierte Gesellschaft sein.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWE, im Laufe des Jahres 2026 eine Zukunfts- und Reformstrategie unter Beteiligung der Industrie, anderer relevanter Stakeholder sowie des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der DAkkS zu entwickeln und umzusetzen. Die vom BDI am 20. Oktober 2025 vorgelegten Handlungsempfehlungen können hier als Diskussionsgrundlage dienen.

6. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWE zur Frühjahrskonferenz 2026 um erneute Berichterstattung zur Reform der DAkkS.